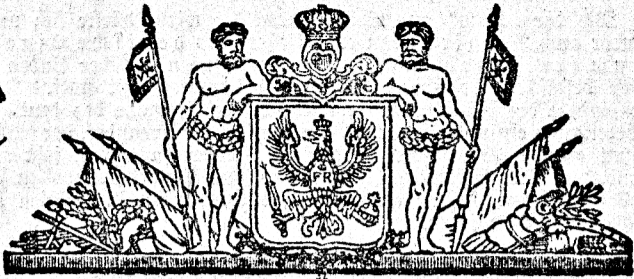


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentralo: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 bis 11 852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Das neue Beamtenabkommen.

Verhandlungen mit den Ländern.

Durch die gestern im Reichsfinanzministerium zustande gekommene Einigung mit dem Deutschen Beamtenbund ist die Beamtenfrage, der nicht nur finanzielle, sondern auch erhebliche politische Bedeutung innewohnt, zunächst gelöst. Die Eisenbahnerverbände haben sich, wie man hört, mit dem Kompromisse, das im Reichsverkehrsministerium abgeschlossen worden ist, einverstanden erklärt. Nicht überall ist man mit dem, was die Vertrauensmänner bei den Verhandlungen erreicht haben, zufrieden, aber im großen und ganzen stellen sich die Verbände doch hinter ihre Führer.

Nur in einem Punkt besteht noch eine Differenz zwischen Reichsregierung und Beamtenbund: der Beamtenbund wünscht, daß in der Ortsklasse A der erhöhte Steuerzuschlag für alle Beamten mindestens 7000 Mark jährlich betragen solle. Diese Forderung hat die Reichsregierung abgelehnt, weil sie eine Durchlöcherung des Prinzips bedeutet, daß der Zuschlag nach Gehalt und Ortsklasse abgestuft werden solle. Lediglich in der Ortsklasse A eine Ausnahme zu schaffen, wäre ungerecht und würde einen gefährlichen Gegensatz zwischen höheren und mittleren Beamten schaffen. Daß in dem einen Punkte die Differenz noch besteht, berührt das Kompromiß im übrigen nicht. Der Deutsche Beamtenbund hat sich lediglich vorbehalten, bei den Parteien des Reichstages dahin zu wirken, daß sie bei der Beratung der kommenden Vorlagen im Sinne der Forderung des Deutschen Beamtenbundes beschließen.

Was die Regierung den Beamten bewilligt hat, bedeutet für das Reich allein eine jährliche Mehrausgabe von 28 Milliarden Mark. Ungefähr in gleicher Höhe würden auch die Mehrbelastungen sein, die die Länder zu tragen hätten. Wahrscheinlich ist es, daß die Länder sich außerstande erklären werden, dieses Mehr für Beamtenbefolgungen aufzubringen und die Last auf das Reich abwälzen wollen. Die Finanzminister der einzelnen Länder treten am Mittwoch zu einer Beratung darüber zusammen. Ihr Ergebnis bleibt abzuwarten.

Die Brüsseler Konferenz.

Früherer Beginn der Beratungen.

vi Paris, 8. Januar.

Nach einer Meldung aus Brüssel wurden die Mitglieder der Konferenz eingeladen, die unterbrochenen Verhandlungen am 15. Januar wieder aufzunehmen.

Der „Cré Nouvelle“ zufolge hofft Staatssekretär Bergmann, der gestern abend zur Berichterstattung nach Berlin gereist ist, seine dortigen Besprechungen so schnell erledigen zu können, daß er am 15. Januar in Brüssel sein kann.

Man rechnet mit der Möglichkeit, daß das Programm, das Bergmann nach Genehmigung durch die deutsche Regierung vorlegen wird, vor der Tagung des Obersten Rates von den verbündeten Sachverständigen angenommen wird. In diesem Falle soll es dem Obersten Rat vorgelegt werden.

Wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, begibt sich Staatssekretär Schröder zur Konferenz nach Brüssel. In seiner Begleitung befinden sich Max Warburg und Direktor Urbig.

Französische gegen deutsche Pathologen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

vi Paris, 8. Januar.

Der italienische Ausschuss für den Internationalen Pathologenkongress der demnächst in Rom stattfinden soll, hat die französischen Kongressmitglieder davon unterrichtet, daß die deutschen Pathologen eingeladen worden sind, und hat dazu bemerkt, daß der Ausschuss zurückträte, wenn die Franzosen unter diesen Umständen die Teilnahme am Kongress ablehnen sollten.

Die französischen Pathologen haben gestern in der hiesigen medizinischen Fakultät eine Beratung abgehalten, um zu der italienischen Eröffnung Stellung zu nehmen. Nach langer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, die Zusammenarbeit mit Vertretern der deutschen Wissenschaft abzulehnen, so lange die deutschen Mediziner nicht öffentlich ihre Solidarität mit der deutschen Regierung von 1914 und der deutschen Heeresleitung verleugnen. Die französischen Pathologen betonen, daß ihr Standpunkt den Entschlüssen entspricht, wie sie im Oktober 1918 in London und 1919 in Brüssel von den medizinischen Vertretern der verbündeten Mächte, darunter auch Italien, gefaßt worden sind.

Die russische Nationalversammlung im Exil.

vi Paris, 8. Januar.

Die von Kerenski und Awfentiew einberufene Versammlung von Mitgliedern der russischen Konstituante vom Dezember 1917 wird heute nachmittag im Saale des Klubs „Renaissance

francoise“ im Pariser Stadtviertel St. Germain eröffnet. Die Konstituante, deren einzige Sitzung am 6. Januar 1918 stattfand, wählte 15 Kadetten, 405 Sozialrevolutionäre, 115 Bolschewisten und einige Menschewisten zu ihren Mitgliedern. An der Versammlung, die heute in Paris eröffnet und die voraussichtlich acht Tage lang dauern wird, werden etwa 40 Abgeordnete teilnehmen. Mehrere hundert Mitglieder von Mitgliedern der alten Duma aus der zaristischen Zeit und von Mitgliedern des früheren Reichsrates werden in den Räumen der hiesigen russischen Botschaft veranstaltet werden. Zweck dieser Versammlung ist die Schaffung von Mittelpunkten für die Bekämpfung des Bolschewismus. Zwei frühere Minister Kerenski, die gegenwärtig in Paris weilen, Zeretelli und Stobolew, sind zu der heute beginnenden Versammlung nicht eingeladen worden. Ferner wurde auf die Einladung einiger Kadetten, die als zu reaktionär betrachtet werden, verzichtet. Den Vorsitz der heutigen Versammlung wird der revolutionäre Sozialist Tschernow führen. Die Kadettenpartei wird u. a. durch Miljukow und Matkafow vertreten sein.

Eine Entwaffnungs-Konferenz.

Der Plan Hardings.

Paris, 8. Januar. (W. Z. B.)

Wie der „Chicago Tribune“ aus Washington gemeldet wird, beabsichtigt Präsident Harding, bald nach Uebernahme seines Amtes am 4. März eine internationale Konferenz zur Beratung der Entwaffnungsfrage nach Washington einzuberufen. Zu dieser Konferenz würden alle Mächte eingeladen werden.

Die Finanzkrise in Oesterreich.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

kl Wien, 8. Januar.

Die gestrige Bekanntmachung der deutschen Regierung über die Schritte, die der Bundeskanzler Dr. Mayr in Begleitung des Finanz- und des Volksernährungsministers bei den Gesandten der Großmächte unternommen hat, um sie darauf vorzubereiten, daß der Zusammenbruch der Staatswirtschaft in allerhöchster Zeit unvermeidlich sein wird, dürfte weder in London noch in Paris besondere Ueberraschung hervorrufen. Der Wiedergutmachungsausschuss hat in seinen Berichten, die vor Wochen dem Botschafterrat überreicht wurden, ähnliches vorausgesagt und damit schon auf die ungeheure Wichtigkeit einer weitgehenden Kredithilfe hingewiesen, ohne mehr als neue platonische Versicherungen des Wohlwollens zu ertönen. Die Wiener Regierung hat den Gesandten nachgewiesen, daß die sich immer kritischer gestaltende staatsfinanzielle Lage dadurch gekennzeichnet wird, daß schon in allerhöchster Zeit neue, durch die ständig steigende Steuererhöhung begründete Gehaltsforderungen der Staatsangestellten bevorstehen, deren Befriedigung eine abermalige Entwertung des deutsch-österreichischen Geldes herbeiführen müßte, falls nicht der seit Monaten von der Wiedergutmachungskommission beantragte Auslandskredit weiterer Entwertung und neuer Preissteigerung Einhalt gebietet. „Nur durch eine auf diesem Wege erfolgte Steigerung der Währung“, erklärte Dr. Mayr den Gesandten, „könnte in Deutsch-Oesterreich, das sich unter den gegenwärtigen Umständen aus eigener Kraft nicht zu retten vermag, die Produktion sich aufrichten und die vorhandenen Wirtschaftsgüter vor völliger Vernichtung bewahrt werden.“

Dieser Verzweiflungsschritt der Wiener Regierung wurde von den Gesandten mit „besonderem Interesse und Verständnis“ entgegengenommen. Sie sagten unverzüglich Weitergabe an ihre Regierungen zu. In Paris hat man beschlossen, einen besonderen Finanzexperten nach Wien zur Prüfung der Lage zu entsenden. An alliierten Experten hat es aber in Wien nie gefehlt. Sie kamen zusammen mit den übrigen Ueberwachungsausschüssen, zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde Kronen. Die schwachen Kredite erlauben die Beschaffung ausländischen Getreides nur noch bis zum Monat Februar, und vorläufig ist keinerlei Anhaltspunkt vorhanden, daß man gerade jetzt das nötige Geld für weitere Anläufe finden kann. Schon aus rein menschlichen Motiven müßte der Reichsrat Wiens überall Gehör finden.

Der Notenumlauf in Deutsch-Oesterreich wird bereits auf 35 Milliarden Kronen geschätzt. Mit 1 1/2 Milliarden Kronen werden die neuen Forderungen der Staatsbeamten beziffert, für die keine Deckung vorhanden ist und die aus den Kassenbeständen nicht bestritten werden können.

Rücktritt Milners.

London, 8. Januar. (W. Z. B.)

Lord Milner ist, wie amtlich bekanntgegeben wird, von seinem Posten als Kolonialminister zurückgetreten.

*

Nach einer Meldung des „Journal Officiel“ wird der französische Botschafter in Tokio, Dapst, in den Ruhestand treten. Während des Krieges war Dapst in Kopenhagen und Christiania Vertreter Frankreichs gewesen.

Polen um die Jahreswende.

von

Max Theodor Behrmann,

Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

* Warschau, Ende Dezember.

Es fällt nicht leicht, die polnische Jahresbilanz zu ziehen. Man täte vielleicht am besten, das Hauptbuch erst gar nicht abzuschließen und die Rohzahlen der beiden Buchseiten summarisch auf das beginnende nächste Jahr vorzutragen. Denn noch „fließt alles“ im neuerstandenen Polen.

Ein Sinnbild: das weichende Jahr sieht auch die Regierung Witos weichend, die — man sage, was man wolle — etwas Standfestes in der hierzulande gekünstelten und nicht immer lieblichen Erscheinungen Flucht hätte abgeben können. Dieser galizische Landmann in schlichter Bauertracht, mit dem scharfen Blick für Gegebenes und Erreichbares, mit der Beharrlichkeit eines Bodenständigen war vielleicht der richtige Steuermann für das polnische Staatsschiff, zu dessen Kommandobrücke sich unablässig und lärmend Herrschsüchtige oder uferlos Träumende drängen. Und nun auch er vielleicht daran ist, die Brücke zu verlassen, liefert er den Beweis, daß Polen noch immer weit vom ruhigen Hafen ist.

Unter den gewiß nicht durchweg geratenen und lebensfähigen Spröhlingsen der Versailler Wochenstube war das polnische Kindlein mit allen Merkmalen und Vorbedingungen eines erspriesslichen Daseins und Bestehens zur Welt gekommen. Gebietende Sieger aus fünf Weltteilen waren seine Paten; es bekam ein Land zugewiesen, wo der Boden überreichlich nährt, Kohle und Erdöl den Bedarf zum Ueberfluß decken, Holz- und Gewebeindustrie Reichtümer versprechen, die Lage zwischen dem Westen und Osten Europas für einen Welthandel schlechtere grenzenlose Ausichten eröffnet. Man gab ihm ein trefflich ausgebautes Eisenbahnnetz, einen Ausgang zum Meere für seinen Handel. In Lodz und Kobianice, in Hierardow und Dombrowo standen großangelegte Faberiken, die man zu jedem Augenblick wieder in Betrieb setzen konnte. Galizien und Posen konnten einen in besten Amtstraditionen aufgewachsenen Beamtenstamm liefern. Wohlwollende Verbündete waren bereit, die wirtschaftlichen Kriegsschäden zu lindern, die allenfallsige Schuldenlast zu erleichtern. Mit einem Worte: die Tafel war reichlich bestellt — es galt nur noch, sich ruhig hinzusetzen und mit einem Dankesgefühl gegen ein gütiges Schicksal freudig das Gebotene hinzunehmen.

Statt dessen geht seit Jahr und Tag eine erbitterte Unrast durch Polen, die stetig „Fragen“ schafft und nicht nur Polen selbst, sondern alle Welt nicht zur Ruhe kommen läßt. Das wiedererstandene Reich krankt an einem ständigen Unzufriedensein, an einem unaufhörlichen Ungefühlsein, das jedoch bei weitem nicht das ist, was man gemeinlich Imperialismus zu nennen pflegt, sondern wohl fast ausschließlich in der Gefühlswelt Polens liegt.

Ein unbewußt-romantischer Drang nach Jgendwohin war es, der das ablaufende Jahr 1920 zu einem ausgesprochenen Kampfs- und Kriegsjahr für das neue Polen gemacht hat. Ohne zwingende Notwendigkeit ließ man Volk und Volkswirtschaft bis zum Weißbluten entkräften in einem Kreuzzuge gegen den Bolschewismus, marschierte man gegen Kiew und Wilna, unterordnete man alle und alles der Zwangsvorstellung von einer angeblichen „deutschen Gefahr“. Das nüchterne Denken ging eben mit dem romantischen Fühlen durch — und schließlich glaubte wirklich hierzulande jedermann, daß das kaum geborene im Beginn seines staatlichen Lebens stehende Polen Europa vor dem Bolschewismus, Germanismus, Ukrainismus, Lituanismus und Gott weiß noch vor welchen Ismen zu schützen habe. Man biß sich mächtig in eine „Mission“ Polens zu Ruh und Frommen der gesamten übrigen europäischen Menschheit hinein, obwohl das noch schwächliche Staatentind nur eine einzige Mission hatte: sich ruhig zu verhalten, sich des gewonnenen Lebens zu freuen und lediglich auf seine innere gedeihliche Kräftigung bedacht zu sein.

In dieser Sachlage liegt eine Gefahr, aber auch eine Hoffnung zugleich. Der unbewußte Drang nach irgendwohin bildet allerdings einen stetig wirkenden Gärstoff, ein ferment steter Unruhe nicht nur für Polen selbst, nicht nur für Polens nächste Nachbarn, sondern auch für das ganze, politisch und wirtschaftlich mehr denn je zusammenhängende Europa. Als Beispiel sei erwähnt, daß ein hiesiges Blatt anlässlich der japanisch-amerikanischen Unstimmigkeiten wegen des Stillen Ozeans allen Ernstes ausrief, Polen müsse dabei „die Augen offen halten“. Ein anderes Warschauer Blatt sprach in der Frage der maritimen Wettbewerben Englands und Nordamerikas nicht minder ernst von der kommenden Zeit, wo auch Polen auf dem Ozean ein Wortchen mitzureden haben werde. Aber in diesem unbedachten uferlosen Vorwärtsdrängen birgt sich, wie gesagt, auch eine gewisse Hoffnung: gerade dieses Ueberfliegliche, Tafsachen und Bedingungen außer acht Lassende, ist vielleicht ein Symptom der normalen Kinderkrankheiten eines kaum geborenen Staatenkindes. Vielleicht werden nüchterne Volksführer und harte Notwendigkeiten als Erzieher über kurz oder lang den romantisch veranlagten Polen einigen gesunden Sinn für das Gegebene, Tatsächliche und Ang Bedennte lehren.